

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe,

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

269

Wien, am 20. September 1933.

## Verhandlungen über die Personalkosten der Gemeinde Wien.

Die Gemeindevorwaltung hat angekündigt, dass die Pensionen der städtischen Angestellten den Pensionen der Bundesangestellten ab 1. Oktober angeglichen werden sollen, um auf diese Weise Ersparungen noch im heurigen Jahr zu erzielen. Ueber diesen Gegenstand fand eine Aussprache zwischen den Vertretern der Gemeindevorwaltung und den Vertretern des Verbandes der städtischen Angestellten und der Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten statt, in der diese die Protestresolution der Vertrauensmännerversammlungen der beiden Gewerkschaften überreichten und darauf verwiesen, dass erst im Sommer eine sehr namhafte Kürzung der Pensionen und Aktivbezüge stattgefunden habe. Die Kürzung der Bezüge sei mit Ende dieses Jahres befristet worden, woraus hervorgeht, dass bis zu diesem Zeitpunkt neue Kürzungen nicht in Frage kommen. In der Auseinandersetzung verwies der Finanzreferent darauf, dass sich seit der Beschlussfassung des Gemeinderates am 24. Juli die finanzielle Lage der Gemeinde grundstürzend dadurch geändert hat, dass der Bund ihr mit Rückwirkung vom 1. Jänner 1933 an eine monatliche Zahlung von 3 Millionen Schilling auferlegt und ihr überdies eine wichtige Steuereinnahme entzogen hat. Da das Budget durch die Julibeschlüsse knapp ins Gleichgewicht gebracht worden sei, ergebe sich durch diese neue Belastung ein neues Defizit, dessen Beseitigung zum Teile durch starke Einnahmeerhöhungen, zum anderen Teile durch Ersparungen angestrebt werden müsse. Daher sei es nicht zu umgehen, dass in dieser neuen, nicht durch die Gemeinde verschuldeten Lage auch den städtischen Angestellten und Pensionisten neue Opfer zugemutet werden.

Die Vertreter der Angestellten machten geltend, dass der Weg eines Gesetzes zur Lösung von Bezugsfragen der Angestellten von der Gemeinde noch nie beschritten worden sei und auch diesmal vermieden werden sollte, zumal bei den Angestellten das Verständnis für die Lage der Gemeinde nicht fehle.

Schliesslich wurde vereinbart, dass der Personalreferent Stadtrat Speiser unverzüglich Verhandlungen über den ganzen Komplex der Angestelltenbesoldung mit den Gewerkschaftsvertretern führen wird. Die Einbringung des geplanten Gesetzentwurfes unterbleibt vorläufig.

553

.....

FRANZ XAVER FRIEDRICH